

Mikroblogs als Instrumente der Systemstabilisierung in der VR China

Nele Noesselt

Am 9. September 2012 veröffentlichte das China Internet Network Information Center (CNNIC) die aktuellen Zahlen zur Entwicklung des chinesischen Internets. In weniger als einem Jahr hat sich die Zahl der „staatlichen“ Mikroblogs mit derzeit 80.000 Accounts vervierfacht (Vergleichspunkt November 2011: 20.000).

Analyse

Die Nutzung von Mikroblogs durch staatliche Stellen und Parteikader ist Teil der Strategie des chinesischen Partei-Staates, das Internet zur Stabilisierung des politischen Systems einzusetzen. Über staatliche Mikroblogs werden offizielle und fundierte Informationen verbreitet; ein Angebot, das von der chinesischen Gesellschaft durchaus aufgegriffen wird.

- Einblick in die öffentliche Meinung gewinnt der Partei-Staat über die Auswertung der auf „zivilen“, also nicht staatlichen, Mikroblogs geführten Online-Debatten. Diese liefern dem Partei-Staat Informationen über Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung, welche dieser präemptiv aufnimmt, hierdurch die Effizienz seiner Regulierungs- und Steuerungsmaßnahmen erhöht – und letztendlich dadurch den Legitimitätsglauben der Bevölkerung bestärkt.
- Mit der Einführung neuer Informations- und Kommunikationsmedien wandeln sich die staatlich-zivilen Beziehungen. Für „zivile“ Akteure eröffnen Mikroblogs neue Möglichkeiten der Vernetzung und Interessenskoordination.
- In diesem Sinne beenden „zivile“ Mikroblogs das Informationsmonopol des chinesischen Partei-Staates und erhöhen den Druck auf das System, Informationen über aktuelle Entwicklungen möglichst zeitnah zu veröffentlichen. Mikroblogs übernehmen somit eine Korrektiv- und Kontrollfunktion.

Schlagwörter: VR China, E-Government, staatlich-zivile Interaktionen, Legitimität

Mikroblogs im chinesischen Internet

Seit wenigen Jahren verzeichnen Mikroblogs als neues Kommunikationsmedium eine nahezu explosionsartige Ausbreitung im chinesischen Internet. Die einzelnen Mikroblog-Beiträge sind auf 140 Schriftzeichen begrenzt, ihre Verbreitung und ihr Wirkungsgrad sind enorm. Im Jahr 2011 waren insgesamt 250 Mio. Mikroblogs in China registriert. Gegenüber dem Jahr 2010 hatte sich ihre Zahl damit verdreifacht (CNNIC 2012). Neben den „zivilen“ Mikroblogs, die von privaten Internetnutzern eröffnet werden, weist das chinesische Internet jedoch eine Besonderheit auf: Nicht nur dass die staatlichen Behörden und Einrichtungen sowie Mitglieder der Regierungs- und Staatsorgane grundsätzlich, wie auch in anderen Staaten der Welt, ihre eigenen Mikroblogs unterhalten – ihre Zahl verzeichnet einen rapiden Anstieg. Während noch im Oktober 2010 etwa 550 staatliche Mikroblogs auf Sina.com registriert waren, wurden im Jahr 2011 bereits 20.000 verzeichnet. Dieser Trend setzt sich fort. Die Tatsache, dass für das Jahr 2012 offiziell über 80.000 staatliche Mikroblogs gemeldet sind (Xinhua 2012b), illustriert die zentrale Bedeutung, die der chinesische Partei-Staat diesem neuen Medium zuschreibt.

Das gesteigerte Interesse des chinesischen Partei-Staates an modernen IT-Kommunikationselementen erklärt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Entwicklungen im globalen Kontext. Neue Kommunikationsmedien wie Twitter und Facebook wurden als Katalysatoren der „Arabelion“, aber auch der Proteste in London und Athen identifiziert. Angesichts dieses Potenzials der neuen Technologien ergibt sich, dass sich der chinesische Partei-Staat gewissermaßen gezwungen sieht, mit den Entwicklungen des chinesischen Internets Schritt zu halten.

Mikroblogs sind in die Strategie des chinesischen Partei-Staates integriert worden, welche darauf abzielt, das Internet zur Stabilisierung des politischen Systems einzusetzen:

Der chinesische Staat hat seine eigene Mikroblog-Präsenz massiv ausgebaut und stellt damit ein breites Angebot offiziell geprüfter Informationen bereit. Die „staatlichen“ Mikroblogs sind folglich serviceorientiert. Zum Informationsspektrum zählen beispielsweise Stau- und Verkehrsmeldungen, Sicherheitswarnungen, Informationen zur Stadtpolitik – aber mitunter auch zur Politik auf zentralstaatlicher Ebene.

Die zusätzlich seitens des chinesischen Partei-Staates eingeleiteten Schritte im Bereich der Medienpolitik zielen allesamt darauf ab, das Informationsmonopol des Staates wiederherzustellen und zu verhindern, dass Mikroblog-Debatten eine Eigendynamik entfalten, die das System als solches gefährden könnten (Ding 2009). Um die Anonymität des Netzes aufzuheben, wurde im Jahr 2011 festgesetzt, dass sich die Internetnutzer bei der Eröffnung eines Mikroblogs mit ihrem richtigen Namen registrieren müssen (*China Daily* 2011).

Zivile Mikroblogs liefern den politischen Eliten Informationen, die es diesen ermöglichen, die Effizienz und Legitimität des Systems zu erhöhen. Denn ein zentrales Problem, das Fehlen von Informationen über die Vorgänge auf lokaler Ebene, kann, natürlich mit Einschränkungen, durch die Auswertung von Mikroblog-Debatten überwunden werden. Im Gegenzug allerdings haben die politischen Eliten jedoch nicht nur die Möglichkeit, auf die indirekt artikulierten Interessen der chinesischen Bevölkerung zu reagieren, sie sind auch ihrerseits zum Handeln und zum Offenlegen von Informationen gezwungen. Somit können Mikroblogs eine Korrekturfunktion übernehmen und die Transparenz des Systems erhöhen.

Mikroblogs sind damit, wie im Folgenden gezeigt werden soll, ein zweischneidiges Schwert.

E-Government in China

Der Aufbau staatlicher Mikroblogs als neue Kommunikationsplattform zwischen Partei-Staat und Gesellschaft knüpft an die E-Government-Strategie der chinesischen Regierung an, die diese seit der frühen post-maoistischen Reformära verfolgt (Kluver 2005; Lagerkvist 2005), erweitert diese aber auch um neue Elemente. E-Government im ursprünglichen Sinne bezeichnet die Digitalisierung und Verlagerung administrativer Prozesse ins Internet. Die chinesische E-Government-Strategie geht jedoch über dieses noch hinaus, da sie die Verschlinkung und Effizienzsteigerung im Verwaltungsbereich mit ihrer Legitimierungsstrategie verknüpft. Im Unterschied zu E-Governance, welche die aktive Beteiligung der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt, beruht dieses E-Government-Modell auf Top-down-Prinzipien und ist Teil der staatlichen Verwaltungs- und Steuerungsinstrumentarien.

Die Notwendigkeit einer Restrukturierung des administrativen Systems in der post-maoistischen Reformära ergibt sich aus den Veränderungen, welche die Wirtschaftsreformen mit sich gebracht haben. Die Pluralisierung des chinesischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems führt zu einem Informationsverlust auf zentralstaatlicher Ebene. Durch die Digitalisierung von Verwaltungsakten versucht die Zentralregierung nicht nur administrative Prozesse zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, sondern auch die diesbezüglichen Daten zentral zu bündeln. In erster Linie soll hierdurch die Kontrolle der Zentrale über die Provinzen sichergestellt werden.

Ziel der chinesischen E-Government-Strategie ist, wie die Berichte zum 16. und 17. Parteitag festhalten, der Aufbau einer effizienten und serviceorientierten Verwaltungsstruktur. Allerdings verknüpft der Bericht des Generalsekretärs Hu Jintao¹ auf dem 17. Parteitag (der Kommunistischen Partei Chinas) im Jahr 2007 E-Government zugleich mit der neuen Strategie des „social managements“ (*shehui guanli*), der staatlich gesteuerten Verwaltung und Koordination der Gesellschaft (Hu 2007).

Doch der chinesische Partei-Staat sammelt nicht nur verwaltungsbezogene Daten, sondern veröffentlicht auch mehr und mehr Informationen über die staatlichen Behörden und Institutionen im Netz. Dieser Schritt zielt darauf ab, durch die Stärkung der Transparenz staatlichen Handelns seitens der chinesischen Bevölkerung Legitimität und Unterstützung für das politische System zu generieren. Gegen Ende der 1990er Jahre initiierte die chinesische Regierung das „Government-Online-Projekt“: Die Internetseiten der staatlichen Behörden und Einrichtungen sollten unter einem übergeordneten virtuellen Dach verlinkt werden. Kritiker bemängelten jedoch, dass zwar hierdurch ein Intranet der staatlichen Einrichtungen entstanden sei, jedoch die Responsivität – die Fähigkeit und Bereitschaft der politischen Eliten, auf Anfragen der Bevölkerung zu reagieren – nicht ausgebaut worden sei (Zhang 2002). In den letzten Jahren haben sich die Strukturen zumindest auf Provinzebene jedoch zum Positiven verändert: Auf den meisten Internetseiten der chinesischen Provinzregierungen finden sich offene Meinungsumfragen, virtuelle Briefkästen für Beschwerden und Online-Diskus-

1 Hu Jintao (*1942) fungiert als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und als Staatspräsident der VR China. Zugleich hat er den Vorsitz der Zentralen Militärkommission inne.

sionsforen, die den Austausch zwischen Politikern und Bevölkerung ermöglichen sollen (Jiang und Xu 2009).

Bezeichnen lässt sich diese Entwicklung auch als Form der Deliberation² im Online-Kontext. Anstelle von Wahlen und Partizipation werden Mikroblogs und Online-Foren als Archive der öffentlichen Meinung und damit indirekt gegenüber dem Partei-Staat artikulierter Interessen identifiziert. Während die Regierung einerseits durch die Konsultation mit Fachexperten eine möglichst effiziente und strukturierte Praxis des Regierens anstrebt, versucht sie andererseits durch die Reflexion der öffentlichen Meinung eine breitere Legitimationsbasis aufzubauen. Gerade angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, welche einen rein auf Effizienz und Wirtschaftsleistung beruhenden Herrschaftsanspruch nur allzu schnell wie ein Kartenhaus zusammenstürzen lassen könnte, ist dies ein sehr überlegter und strategischer Schachzug.

Staat und Gesellschaft im digitalen Zeitalter

Insbesondere unter der Hu-Wen³-Regierung sind deutliche Signale gesetzt worden, den Austausch zwischen Partei-Staat und Bevölkerung gestützt auf moderne Internettechnologien auszubauen. Im Januar 2007 forderte Hu Jintao die Parteimitglieder auf, ihre „Internetlesefähigkeit“ zu erhöhen, das heißt bei der Ausformulierung politischer Richtlinien und Beschlüsse auch die öffentliche Meinung, dokumentiert über Online-Foren und Blogs, zu berücksichtigen. Zudem sind die Führungspolitiker in den letzten Jahren wiederholt in den direkten Austausch mit der chinesischen Bevölkerung eingetreten: Im Jahr 2008 stellte sich Hu Jintao den Fragen chinesischer Internetnutzer in einem ersten Online-Chat. Ebenso haben seitdem jährlich Online-Fragerunden mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao stattgefunden. Diese Chatrunden haben einen höchst symbolischen Wert. Denn sie zeigen, dass die Partei zwar ihrem Anspruch nach für das Volk regiert, hierbei aber im-

2 In demokratischen Systemen steht Deliberation für die aktive Mitwirkung der Bürger an der Politik, indem diese ihre Positionen und Ideen in die öffentlichen Debatten einbringen. Dieser Meinungs-austausch zwischen politischen Eliten und Bevölkerung soll zur Steigerung der demokratischen Legitimität des Systems beitragen. Deliberation – beratende, erörternde Diskurse – ist aber, wie der chinesische Fall zeigt, auch ein Kernelement reformierter autokratischer Systeme.

3 Wen Jiabao (*1942) hat seit dem Jahr 2003 das Amt des Premierministers inne.

mer wieder auf die Rückkopplung mit der chinesischen Bevölkerung angewiesen ist. Diese sich hierin widerspiegelnde Neubewertung der staatlich-zivilen Interaktionsmuster wurde exemplarisch bereits in der „Resolution zur Stärkung der Regierungsfähigkeit der Partei“ (2006) dokumentiert, in welcher es heißt, dass die Legitimität der Partei dieser weder von Natur aus gegeben noch auf immer eigen sei. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Notwendigkeit einer permanenten Re-Legitimierung des politischen Systems, sei es durch die Bereitstellung von Gütern und die effiziente Verwaltung des Staates, sei es durch symbolische Handlungen (Noesselt 2012).

Im Mai 2008 traten zudem die Bestimmungen zur Offenlegung von Informationen über die Arbeit der Regierung in Kraft, auch dies ein Schritt in Richtung Systemreform: Durch die Selbstverpflichtung des chinesischen Partei-Staates zu mehr Transparenz soll nicht nur die Unterstützung der Bevölkerung für das politische System gestärkt, sondern zugleich auch der Korruption ein Riegel vorgeschoben werden. Die staatlichen Kampagnen zur Korruptionsbekämpfung binden die im Internet über Mikroblogs berichteten Vorfälle gezielt in ihre Ermittlungen ein.

Staatliche Mikroblogs werden von der Bevölkerung durchaus als neue Informationsmedien angenommen. Im Prinzip übernehmen Mikroblogs die Funktionen, die zuvor von den Internetseiten der chinesischen Nachrichtenagentur und den Informationsplattformen der großen Städte ausgefüllt worden waren. Doch wie erklärt sich das Interesse der Bevölkerung an „staatlichen“ Informationen? Während im Außenblick auf das chinesische Internet primär der Aspekt des Online-Dissidententums in den Mittelpunkt gerückt wird, zeigt die Innenperspektive, dass nur ein geringer Anteil der Internetnutzer politisch aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit nutzt das Internet und auch Mikroblogs für unpolitische Aktivitäten und viele stehen „privaten“ Meldungen im Netz durchaus skeptisch gegenüber. Denn immer wieder sind über das Internet Gerüchte in Umlauf gebracht worden, die bisweilen auch dramatische Folgen hatten. So wurde nach Fukushima auf nicht offiziellen Mikroblogs von der Explosion eines Atomkraftwerkes in China berichtet – bei dem Versuch, der vermeintlichen Katastrophe zu entfliehen, kam es zu Massenkarambolagen und Verletzten. Ebenso wurden dubiose Informationen, wie man sich gegen die Auswirkungen der Atomkatastrophe in

Japan schützen könne, über Mikroblogs verbreitet (*Renmin Ribao* 2012). Insofern erklärt sich, dass die staatlichen Kampagnen zur Einschränkung der Anonymität des Internets – Offenlegung der Identität der Mikroblogger („real-name registration“) – nicht grundlegend überall auf Ablehnung stoßen.

Informationen, die über staatliche Mikroblogs verbreitet werden, gelten als offiziell geprüft und bestätigt. Dass jedoch die staatlichen Mikroblogs nicht als unidirektionale Propagandainstrumente eingestuft werden sollten, verdeutlicht der Mikroblogger der Shanghai Metro: Über zivile Mikroblogs hatten im Juli 2011 Augenzeugen ein schweres Zugunglück nahe der Stadt Wenzhou dokumentiert, das in den staatlichen Medien zunächst unerwähnt geblieben war. Der verschleierte Umgang der staatlichen Einrichtungen mit dem Unfall hatte erhitzte Debatten unter den chinesischen Internetnutzern angestoßen, zur größten Online-Diskussion überhaupt mit über 26 Mio. Mikropostings geführt und so die Behörden schließlich zu einer Offenlegung der Daten gezwungen. Dieser Präzedenzfall blieb nicht ohne Lernerfolg: Wenig später im Jahr nutzten die Betreiber der Shanghai Metro ihren Mikroblogger, um ihrerseits die Öffentlichkeit über eine Zugkollision, bei der etwa 300 Menschen verletzt wurden, unmittelbar nach dem Vorfall zu informieren und sich offiziell bei den Betroffenen zu entschuldigen (*Global Times* 2011). Damit sollte eine Online-Kritikwelle, wie nach dem Eisenbahnunglück bei Wenzhou, von vornherein unterbunden werden.

Das Internet als Faktor der Systemstabilisierung

In der VR China hat die Einführung des Internets Mitte der 1990er Jahre nicht zu einer Systemtransformation geführt. Es haben sich zwar neue zivile Freiräume entwickelt – der chinesische Partei-Staat beansprucht allerdings weiterhin die Kontrollhoheit über die traditionellen und modernen Medien. Das Internet, insbesondere Online-Diskussionsforen wie Mikroblogs, wird in Studien zur chinesischen E-Government-Strategie nicht als ein das System destabilisierender Faktor, sondern vielmehr als ein Schlüsselement zur Legitimierung und Stabilisierung identifiziert. Die Zentralität des Stabilisierungsaspekts spiegelt sich nicht zuletzt in den Strukturen der staatlichen Mikroblogs wider. Mehr als zwei Drittel dieser Blogs werden von Or-

ganen und Einrichtungen unterhalten, die dem Bereich der öffentlichen Sicherheit zuzuordnen sind. Hieraus lassen sich folgende Schlüsse ableiten: Die Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität und Kohäsion steht auf der Agenda der politischen Führungselite an oberster Stelle. Auch für die kommende Führungsgeneration, die mit dem 18. Parteitag im November 2012 nachrücken wird, haben gesellschaftliche Fragen absolute Priorität. In Anbetracht der Unruhen und Proteste in China – beispielsweise die Demonstrationen von Bauern in Wukan Ende 2011 gegen illegale Landnahme oder die von Städtern in Qidong im Juli 2012 gegen die geplante Einleitung von Industrieabwässern – offenbart sich den politischen Eliten und ihren Beratern die Notwendigkeit, an der Lösung der Probleme der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu arbeiten und auch den indirekten Dialog mit der Bevölkerung zu suchen – über Online-Chats und Mikroblogs. Wie ein Leitartikel der *Renmin Ribao* (*Volkszeitung*) 2011 festhielt, gelte es, die „versunkenen Stimmen der schweigenden Mehrheit“ ans Licht zu befördern und auf die Anliegen der Bevölkerung bei der Politikgestaltung zu reagieren (*Renmin Ribao* 2011).

Zu risikoreich erschienen den chinesischen Behörden allerdings die Debatten, die infolge des Sturzes von Bo Xilai⁴, der als Kandidat für den Ständigen Ausschuss des nächsten Politbüros gehandelt worden war, über chinesische Mikroblogs kursierten. Von Putschversuchen, Militäraufgebot in Beijing, sogar von offenen Kämpfen zwischen den verschiedenen Faktionen der Partei war dort die Rede. Daraufhin wurde die Kommentarfunktion der führenden chinesischen Mikroblogging-Dienste Sina Weibo und Tencent vorübergehend ausgesetzt. Nichtsdestotrotz – die Kommentare und Diskussionen haben sicherlich ihren Teil dazu beigetragen, dass die Affäre um **Bo Xilai und seine Frau Gu Kailai** nicht verschwiegen, sondern aktiv in den staatlichen Medien thematisiert wurde.

In einem anderen Fall arbeiteten die chinesischen Mikroblogger dem chinesischen Partei-Staat bei seinem Unternehmen, die Stabilität und Legitimität des Systems zu befördern, durchaus zu: Im

4 Bo Xilai war bis März 2012 Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing. Nach der Verurteilung seiner Frau Gu Kailai wegen Mordes wurde Bo selbst im September 2012 offiziell aus der Partei ausgeschlossen und aller Ämter enthoben. Gegen ihn laufen disziplinarische Ermittlungen. Der Sturz eines intern als Kandidat für das Politbüro gehandelten Politikers im Vorfeld des Parteitages schien zeitweise das Ideal eines reibungslosen und friedlichen Machtwechsels in weite Ferne rücken zu lassen – die diesbezüglichen Mikroblogspekulationen wurden als „Gerüchte“ zensiert.

Zuge des Konflikts zwischen Japan und China um die Diaoyu-Inseln im Ostchinesischen Meer formierte sich im chinesischen Internet eine breit gefächerte patriotische Bewegung (*Xinhua* 2012a).⁵

Bei den anti-japanischen Protesten, die im Jahr 2005 in China stattfanden und sich gegen die Art und Weise der Darstellung der sino-japanischen Geschichte in japanischen Schulbüchern richteten, waren die Protestmärsche weitgehend über SMS und E-Mails initiiert worden (*New York Times* 2005). Nun haben Mikroblogs diese Funktion übernommen – sie dienen also auch in China der Koordination gesellschaftlicher Protestbewegungen. Allerdings sind sich die politischen Eliten sehr wohl der Problematik bewusst, dass solche Protestbewegungen auch sehr schnell in Demonstrationen gegen das Regime umkippen und eine Eigendynamik entfalten können. Im Jahr 2005 waren die anti-japanischen Proteste aufgrund dieser Überlegungen relativ schnell unterbunden worden. Auch im Jahr 2012 erfolgen nun mittlerweile Versuche, die patriotischen Mikroblogs in ihre Grenzen zu verweisen. Allerdings müssen die politischen Eliten hierbei behutsam vorgehen, um sich nicht den Unbill der patriotisch-nationalen Kräfte zuzuziehen.

Systemadaption und Wandel der staatlich-zivilen Interaktionsmuster

Entgegen der normativen Erwartungen der Anhänger modernisierungstheoretischer, technologiegläubiger Modelle hat das Internet in China keine digitale Systemtransformation in Richtung einer Demokratisierung nach westlichem Vorbild angestoßen.⁶ Jedoch haben neue IT-Technologien auch im Ein-Parteien-System der VR China grundsätzlich zu einem Wandel der staatlich-zivilen Strukturen beigetragen. Trotz etwaiger Einschränkungen bietet das chinesische Internet durchaus neue Wege der zivilen Einflussnahme an.

Indirekt wird die Einbindung der chinesischen Bevölkerung in die politische Entscheidungsfindung schon seit einigen Jahren vorangetrieben. Im März 2006 wurde ein Online-Forum zu den jährlichen Plenarsitzungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkon-

5 Andere Blogs distanzieren sich jedoch auch kritisch von den neuen nationalistischen Tendenzen und den gewaltsamen Ausschreitungen gegen japanische Einrichtungen in China.

6 Vgl. zu dieser Debatte über das Internet als „liberation technology“ insbesondere Diamond 2010.

ferenz des Chinesischen Volkes eingerichtet. Auf diesem berichteten die Abgeordneten über die Sitzungen; die chinesischen Internetnutzer waren zu Kommentaren eingeladen. Auch wenn nicht nachvollzogen werden kann, inwiefern diese Online-Debatten auf die chinesische Politik Einfluss nehmen, illustriert dieser Schritt doch die Überlegung, dass die Partei in einem nicht demokratisch legitimierten System nur für das Volk und in seinem Sinne regieren kann, wenn auch eine ständige Überprüfung der Interessen und Anliegen der Bevölkerung erfolgt.

Inzwischen sind diese indirekten Konsultationsverfahren zwischen staatlichen Einrichtungen und ziviler Gesellschaft auch auf andere Verwaltungsebenen ausgeweitet worden. So werden Vorlagen für Gesetzesentwürfe im Internet zur Diskussion gestellt, beispielsweise im Bereich Umweltpolitik oder mit Blick auf den Themenbereich der sozialen Kohäsion.

Von E-Government zu E-Governance?

Unidirektionale Informationsverbreitung über die traditionellen Nachrichtenorgane des chinesischen Partei-Staates gehört zumindest in der Theorie der Vergangenheit an. Die E-Government-Strategie der chinesischen Regierung bemüht sich um eine Balance zwischen staatlichen und zivilen Interessen, mit dem Ziel der Systemstabilisierung. Im Online-Kontext werden Experimente der gesellschaftlichen Mitbestimmung fortgesetzt, die mitunter bereits im lokalen Kontext einzelner fortschrittlicher Provinzen und Kreise ausgetestet worden sind (Leib und He 2006).

In der Amtszeit von Hu Jintao und Wen Jiabao ist das chinesische E-Government-Konzept weiterentwickelt worden. An die Stelle der Verschlan-
kung und Rezentralisierung von administrativen Prozessen ist die Koordinierung der staatlich-zivilen Interessen und Zielsetzungen getreten. Waren E-Business und E-Government die zentralen Anliegen der chinesischen Regierung bei der Einführung des Internets in China in den 1990er Jahren, zeichnen sich somit mittlerweile Tendenzen in Richtung E-Governance ab. Die öffentliche Meinung im Netz wird von staatlicher Seite nicht nur aufmerksam beobachtet, sondern auch bei der Konzeption von politischen Richtlinien und Rahmenvorgaben berücksichtigt. Dieses Konzept weist jedoch kontextspezifische Züge auf und sollte nicht

vorschnell mit dem allgemeinen normativen Governance-Ansatz, welcher die Rolle der Zivilgesellschaft als Opposition zum Staat in den Mittelpunkt rückt, gleichgesetzt werden. Alle Versuche der administrativen Reformen, welche die chinesische Regierung in den vergangenen Jahren umgesetzt hat, zielen auf die Inkorporation und Kooptation gesellschaftlicher Akteursgruppen ab, die Entwicklung einer eigenständigen „zivilgesellschaftlichen“ Bewegung jenseits des Staates ist nicht vorgesehen. Dennoch – in vielen Bereichen sieht sich auch der chinesische Partei-Staat gezwungen, einem Staatsversagen durch die Auslagerung von Prozessen auf untergeordnete Verwaltungsebenen entgegenzuwirken. Zugleich aber geht hiermit ein Kontrollverlust einher. Um diesem entgegenzuwirken, kooperiert die Zentralregierung mit der lokalen Bevölkerung oder eben auch mit den chinesischen Internetnutzern.

Einzelne Provinzen haben die „öffentliche Meinung zur Lokalpolitik“ als Sonderkapitel in ihre Jahresberichte aufgenommen, wobei diese aus der Analyse ausgewählter Online-Foren und Online-Umfragen ermittelt wird. Für die zentralstaatliche Politik wurden entsprechende Erhebungen von Mikroblog-Daten in den Jahren 2010/2011 durchgeführt und in Form zweier Berichte im Dezember 2011 veröffentlicht.⁷ Kritisiert wurde in diesen Berichten, dass die chinesische E-Government-Strategie bislang hinter den theoretischen Zielsetzungen zurückgeblieben sei. Bemängelt wurde, dass nur in seltenen Fällen ein unmittelbarer Austausch zwischen Regierungsvertretern und Bevölkerung erfolge, einzelne Mikroblogs eher selten aktualisiert würden und überhaupt im Prinzip die alte Strategie der staatlich-zentralistischen Informationssteuerung widerspiegeln. Diese durchaus offene Kritik verdeutlicht, welche Relevanz dem Ausbau der Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gegenwärtig zugeschrieben wird.

Es bleibt nunmehr abzuwarten, welche Erweiterungen der chinesischen Online-Strategie der 18. Parteitag, geplant für November 2012, mit sich bringen wird.

⁷ Zur öffentlichen Meinung werden beständig entsprechende Datensätze erstellt und veröffentlicht, sowohl im Internet als auch als Teilkapitel in Blaubüchern zur gesellschaftlichen Entwicklung. Der Bericht aus den Jahren 2011/2012 widmete sich erstmals ausschließlich den Mikroblog-Debatten.

Literatur

- China Daily* (2011), Real Name Registration Crucial to Microblog, 20. Dezember, online: <www.chinadaily.com.cn/china/2011-12/20/content_14295876.htm> (12. Februar 2012).
- CNNIC (2012), *Di'ershijiu ci hulian wangluo fazhan zhuangkuang tongji baogao* (29. Statistischer Bericht zur Entwicklung des Internets in China), online: <www.cnnic.cn/research/bgxz/tjbg/201201/P020120118512855484817.pdf> (31. August 2012).
- Diamond, Larry (2010), Liberation Technology, in: *Journal of Democracy*, 21, 3, 69-83.
- Ding, Sheng (2009), Informing the Masses and Heeding Public Opinion: China's New Internet-Related Policy Initiatives to Deal with Its Governance Crisis, in: *Journal of Information Technology & Politics*, 6, 1, 31-42.
- Global Times* (2011), Shanghai's Micro-blog 'Influential', 10. November, online: <<http://english.peopledaily.com.cn/90882/7640715.html>> (5. Januar 2012).
- Hu, Jintao (2007), *Hold High the Great Banner of Socialism with Chinese Characteristics and Strive for New Victories in Building a Moderately Prosperous Society in all Respects*, online: <http://news.xinhuanet.com/english/2007-10/24/content_6938749.htm> (20. Januar 2012).
- Jiang, Min, und Heng Xu (2009), Exploring Online Structures in Chinese Government Portals: Citizen Political Participation and Government Legitimation, in: *Social Science Computer Review*, 27, 2, 174-195.
- Kliver, Randolph (2005), The Architecture of Control: A Chinese Strategy for E-Governance, in: *Journal of Public Policy*, 25, 1, 75-97.
- Lagerkvist, Johan (2005), The Techno-cadre's Dream: Administrative Reform by Electronic Governance in China?, in: *China Information*, 19, 2, 189-216.
- Leib, Ethan J., und Baogang He (Hrsg.) (2006), *The Search for Deliberative Democracy in China*, New York: Palgrave Macmillan.
- New York Times* (2005), A Hundred Cellphones Bloom, and Chinese Take to the Streets, 25. April, online: <www.nytimes.com/2005/04/25/international/asia/25china.html?ei=5094&en=e3b8ef7f5d03cf4f&hp=&ex=1114401600&partner=homepage&pagewanted=print&position=&_r=0> (20. September 2012).
- Noesselt, Nele (2012), *Governance-Formen in China: Theorie und Praxis des chinesischen Modells*, Wiesbaden: Springer VS.
- Renmin Ribao* (2012), Wangluo yaoyan hai ren hai ji: Shehui gongzhong wu xin wu chuan (Online-Gerüchte sind gefährlich: Die Gesellschaft sollte ihnen keinen Glauben schenken und diese auch nicht verbreiten), 16. April.
- Renmin Ribao* (2011), Zhizhengzhe yao qingting naxie „chenmo de shengyin“ (Die chinesische Führung sollte den „versunkenen Stimmen“ Gehör schenken), 26. Mai, online: <www.chinaelections.org/newsinfo.asp?newsid=207480> (12. Februar 2012).
- Xinhua* (2012a), Chinese Netizens Riled by Japan's 'Purchase' of Diaoyu Islands, 11. September, online: <www.china.org.cn/china/2012-09/11/content_26493203.htm> (15. September 2012).
- Xinhua* (2012b), Zhongguo zhengwu weibo renzheng zhanghao zongliang yi jin 8 wan ge (Die Zahl der offiziell registrierten Mikroblogs strebt gegen 80.000), 9. September, online: <http://news.xinhuanet.com/2012-09/09/c_113010618.htm> (12. September 2012).
- Zhang, Junhua (2002), *A Critical Review of the Development of Chinese E-Government*, online: <www.oycf.org/Perspectives2/19_123102/eGovernment.htm> (12. September 2011).

■ Die Autorin

Dr. Nele Noesselt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien. Sie ist Mitglied im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ und GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

E-Mail: <nele.noesselt@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.en.giga-hamburg.de/noesselt>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Mitglieder des Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ forschen zu Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime sowie zu Partizipation und Repräsentation im Kontext von Ungleichheit.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Gilley, Bruce, und Heike Holbig (2010), Reclaiming Legitimacy in China, in: *Politics and Policy*, 38, 3, 395-442.

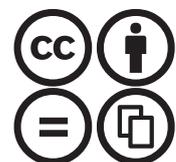
Holbig, Heike, und Bruce Gilley (2010), *In Search of Legitimacy in Post-revolutionary China: Bringing Ideology and Governance Back In*, GIGA Working Papers, 127, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Noesselt, Nele (2012), *Governance-Formen in China: Theorie und Praxis des chinesischen Modells*, Wiesbaden: Springer VS.

Schucher, Günter, und Kawsu Ceesay (2011), *Wird China zum neuen Modell für soziale Stabilität?*, GIGA Focus Asien, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM